

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Dr.Vöhringer,
sehr geehrte Frau Clemens , sehr geehrter Herr Gangl,
liebe Kolleginnen und Kollegen,

Wir reden zum zweiten Mal über den Haushalt, weil bekanntlich die Gewerbe-Steuer-Rückforderung eines Steuerpflichtigen dem ersten Entwurf den Boden entzogen hat. Später kam wieder die Ankündigung einer höheren Gewerbesteuer-Vorauszahlung für das Jahr 2015. Der Gewerbesteueransatz liegt bei 70 Millionen – trotz der Rückzahlung von 38 Millionen- und dadurch 10 Millionen höher als der erste Entwurf.

Nach dem gemeldeten Rekordergebnis eines Steuerpflichtigen war das zu erwarten und die Verwaltung, die von der Rückzahlungsforderung überrascht wurde, muss sich fragen lassen, warum sie im ersten Haushaltsentwurf bei dem 60 Millionen als erwartete Gewerbesteuereinnahmen angesetzt wurden, so tief gestapelt hat. Was hätten wir wohl ohne die Rückzahlungsverpflichtung als Einnahmen aus der Gewerbesteuer zu erwarten? Wohl deutlich mehr als 100 Millionen.

Die Frage die sich stellt ist, ob die beabsichtigten Verschiebungen der Investitionen tatsächlich erforderlich sind. Wir wissen, dass verschobene Sanierungsmaßnahmen letztlich unter dem Strich mehr Kosten verursachen, weil die Preise steigen und der Verfall der Infrastruktur einhergeht. Ich hatte in meiner letzten Rede kritisiert, dass der Investitionshaushalt der Verwaltung wenig ambitioniert ist. Und daran hat sich nicht viel geändert.

Soweit es um das strukturelle Defizit im Haushalt und die mittelfristige Planung geht, bin ich der Ansicht, dass die Verwaltung verpflichtet ist gegen zu steuern und zwar durch Erhöhung der Einnahmeseite. Da darf die Erhöhung der Gewerbesteuer kein Tabu sein. Auch wenn Sie das scheuen wie der Teufel das Weihwasser, steter Tropfen höhlt den Stein, daher werden wir als LINKE nicht müde, darauf hinzuweisen, dass andere Standorte von Automobilkonzernen, einen höheren Gewerbesteuersatz haben als Sindelfingen. Wenn wir dieses Jahr keinen diesbezüglichen Antrag stellen, dann hängt es mit dem Terminplan zusammen, der für die Verabschiedung des Haushalts vorgesehen ist.

Der Beschluss zur Erhöhung der Hebesätze muss nach dem Gesetz bis zum 30.6. eines Kalenderjahres mit Wirkung zum Beginn des laufenden Jahres gefasst werden. Später können nur Hebesätze festgesetzt werden, die die zuvor geltenden nicht überschreiten. Da eine Verabschiedung des Haushalts für den 7.7.2015 vorgesehen ist, wäre selbst bei einer Mehrheit für unseren Antrag, dieser nicht umsetzbar. Daher sehen wir davon ab den Antrag zu stellen, aber werden in den künftigen Jahren darauf nicht verzichten.

Obwohl die finanziellen Turbulenzen aus dem Bereich des Gewerbes kamen, hat der Oberbürgermeister bei seiner Pressemitteilung zur Einbringung des Haushalts verkündet, keineswegs wolle man diesen Bereich mehr belasten.

Wer die Misere bezahlen soll wurde auch deutlich kommuniziert. Eine einzige Gruppe soll deutlich belastet werden: die Eltern von Kita-Kindern und Musikschulkindern, die höhere Gebühren zahlen sollen.

Das finde ich mit Verlaub erbärmlich und es wird sie nicht sehr überraschen, wenn ich ankündige: mit der LINKEN ist es nicht zu machen.

Während der Bundesvorsitzenden der Jungen Union, die Kinderlosen mit einer Strafsteuer überziehen will, um angeblich die Familien zu fördern, könnten Sie sich doch dazu durchringen, die Kosten für die Familien zu senken in dem die Vorschuleinrichtung, wie die Schulen auch, aus der allgemeinen Steuer bezahlt werden und damit von allen, unabhängig ob sie unterhaltspflichtige Kinder haben oder nicht. Ich finde das wäre gerechter, als die aus der Union beantragte Negativsteuer für Kinderlose.

Wir haben mit der Einbringung des alten Haushalts drei Anträge eingebracht, die wir alle drei aufrecht erhalten wollen.

1.

Es geht zum einem um 20.000 € für die Genossenschaftsgründung im Eichholz. Ich finde die Summe ist nicht sehr hoch und sie wäre als Hilfe zur Selbsthilfe gut angelegt.

2.

Es geht um die Aufstockung der Mittel für IG Kultur. Der Antrag wurde bereits vor der Rückzahlungsankündigung beschlossen und ich finde, dass sollte uns die Arbeit der IG Kultur wert sein.

3.

Wir haben einen Antrag auf Sozialticket gestellt. Hier geht es um die Mobilität von Menschen mit geringen Einkommen. Es wurde in einem Ausschuss gefragt, wie sehr die Annahme des Antrags den Haushalt belastet, welche Summen einzustellen sind. Ich finde das hängt vom Verhandlungsgeschick der Verwaltung ab, die mit dem Verkehrsverbund zu verhandeln hätte. Da sich Menschen mit ALG-2-Einkommen kein Monatsticket leisten können, wäre die Vermittlung eines Sozialtickets eine zusätzliche Einnahmequelle für die Verkehrsbetriebe. Sie hätte keine Ausfälle, weil ein Teil von Volltickets auf Sozialticket umsteigen würde, sondern hätte neue Kunden, die zwar nicht den vollen Preis zahlen, aber das was sie zahlen können ist besser als Nichts. Daher müsste die Stadt unter Umständen auch nichts zuschießen, sondern zugunsten Ihrer Bürgerinnen und Bürger mit geringen Einkommen ordentlich und ernsthaft verhandeln. Das Sozialticket gibt es in vielen Städten und gehört genauso zu Modernität wie das W-LAN in der Innenstadt. Hier sollte Sindelfingen die Entwicklung nicht verschlafen.

Selbstverständlich bleibt es bei unserer Ankündigung das Anliegen der Initiatoren von Domo Nuovo zu unterstützen. Dafür wäre auch die Aufnahme eines Kredits angebracht, der bei der heutigen Zinslage kaum etwas kostet. Denn wir brauchen ein neues Kultur-und Vereinszentrum, damit Sindelfingen auch attraktiver für die Jugend wird. Und bei Zukunftsinvestitionen ist es nicht ungerecht auch die nachfolgende Generation

an den Kosten zu beteiligen. Der Staatswissenschaftler Lorenz von Stein brachte das Prinzip schon 1871 in dem folgenden Satz auf den Punkt:

„Ein Staat ohne Staatsschuld thut entweder zu wenig für seine Zukunft, oder er fordert zu viel von seiner Gegenwart.“

Und mit diesem Zitat möchte ich meine Rede beenden, nicht jedoch ohne all denjenigen zu danken, die den neuen Haushalt aufgestellt haben.

Danke für Ihre Aufmerksamkeit.